

Republik der Angst? Die Türkei nach dem gescheiterten Putsch vom 15. Juli 2016

Veranstalter: Südosteuropa-Gesellschaft / Europa-Union München
München, 24. November 2016

Bericht von Ivana Jerković, München

□ Dr. *Hansjörg Brey*, Geschäftsführer der Südosteuropa-Gesellschaft (SOG), begrüßte die Teilnehmer am Podium und die Gäste in der Münchener Seidlvilla Ende November 2016 im Namen der beiden Veranstalter. Er stellte die Haupt-Akteure des Abends vor: Den nun im Exil in Frankreich lebenden, international renommierten Journalisten *Yavuz Baydar* sowie die stellvertretende Ressortleiterin der Seite Drei der »Süddeutschen Zeitung«, *Christiane Schlötzer*, Türkei-Kennerin u.a. als frühere Korrespondentin der SZ in Istanbul, die sich bereit erklärt hatte, das Gespräch mit Baydar zu führen. Brey bezeichnete es als denkwürdig, dass ein störungsfreier Auftritt eines regierungskritischen Journalisten aus der Türkei in München nur durch polizeiliche Sicherungsmaßnahmen gewährleistet werden könne.

Yavuz Baydar, Jahrgang 1956, graduierte an der Hochschule für Journalismus in Stockholm und ist seit 1979 als Reporter, Nachrichten-Moderator und, in den letzten 15 Jahren, als politischer Kommentator in der Türkei tätig. Im Jahr 1999 wurde er bei der Tageszeitung »Milliyet« zum ersten türkischen Nachrichten-Ombudsmann erklärt. Im Dezember 2013 war er Mitbegründer der unabhängigen Medienplattform »Punto24« (P24), deren Aufgabe darin besteht, freien und unabhängigen Journalismus in der Türkei zu unterstützen. Baydar wurde 2014 gemeinsam mit dem »Guardian« und dem »Spiegel« mit dem Sonderpreis des Europäischen Pressepreises (EPP) für »Exzellenten Journalismus« ausgezeichnet. Im selben Jahr veröffentlichte er ein Buch zum Thema »Selbstzensur und Korruption in den türkischen Medien«, dessen deutsche Fassung unter dem Titel »Freiheitsbeschränkung – Selbstzensur – Korruption« mit Unterstützung der Friedrich-Naumann-Stiftung ermöglicht wurde. In den letzten Jahren nahm Baydar an mehreren internationalen Konferenzen der SOG teil und verfasste mehrere Beiträge für die Südosteuropa Mitteilungen. Zurzeit schreibt er regelmäßig Kolumnen über die Repressalien der türkischen Regierung gegen Journalisten und andere Intellektuelle in der »Süddeutschen Zeitung«. Akribisch recherchiert er auch die Hintergründe des vereitelten Militärputsches vom 15. Juli 2016. Baydar fand sich auf einer Liste von 35 kritischen Journalisten wieder, gegen die am 30. August 2016 Haftbefehle erlassen wurden. Er entging einer Verhaftung nur durch Flucht ins Ausland, wo er seither lebt und arbeitet. Baydar folgte der Einladung der SOG nach München, um aus der Sicht des Beobachters und Betroffenen über die Lage des Rechtsstaats in der Türkei zu berichten.

Christiane Schlötzer eröffnete das Gespräch mit Yavuz Baydar mit folgender Frage: »Nobody leaves his home, if his home doesn't whisper to him: Go, go, immediately go [...]. Did your home whisper to you? [...] And why was this whisper so loud that you left 36 hours after the coup?« – Dass der Zeitpunkt gekommen war um zu fliehen, konnte Baydar aufgrund seiner früheren Fluchterfahrungen feststellen. 40 Jahre zuvor war er als anarcho-liberaler Aktivist nach Schweden geflohen. Dort hatte er die schwedische Staatsbürgerschaft erhalten, die ihm nun die erneute Flucht erleichterte. Er erinnerte daran, dass viele Journalisten aufgrund eines nicht vor-

handenen Visums keine Fluchtmöglichkeit hatten und haben, Reisepässe wurden eingezogen, rund 160 Journalisten wurden bisher verhaftet, weitere 36.000 Menschen landeten im Gefängnis, viele wurden von ihren Arbeitsstellen entlassen.

Doch warum protestieren die Menschen in der Türkei nicht? Baydar zufolge begann alles mit dem „Kulturkampf“ 2013 bzw. mit den Demonstrationen gegen Erdoğan im Istanbuler Gezi Park. Damals habe Erdoğan versucht, das Recht auf Abtreibung, den Konsum von Alkohol u.ä. zu verbieten. Nach diesen Ereignissen fingen die Menschen an, Angst vor der Regierung zu bekommen. Bis dato habe die Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) eine kollektive Führung gehabt, u.a. gehörte Abdullah Gül dazu. Insofern seien politische Entscheidungsprozesse auf kollektiver Basis geführt worden, was in keiner anderen türkischen Partei vorgekommen sei, weswegen die AKP als sehr modern erschien. Doch als Abdullah Gül schließlich 2007 zum Präsidenten der Republik erklärt wurde, habe Erdoğan angefangen, immer mehr Macht in seinen eigenen Händen anzusammeln. Langsam habe er eine autoritäre Agenda – geprägt besonders vom Islamismus – entwickelt. Die „DNA“ der Partei, so Baydar, habe sich geändert: Erdoğan habe nur noch Befürworter in der Partei versammelt, die ihm ermöglichten, seine politische Agenda ohne jeglichen Widerstand durchzusetzen. Die Folgen zeigten sich nach den Demonstrationen im Gezi Park, wobei es zu starken Auseinandersetzungen mit den jungen Aktivisten kam. Es folgte die Unterdrückung und Kontrolle von Medien, eine Vielzahl von Journalisten wurde entlassen ... „Erdoğan emptied journalism out of its essence“, so Baydar.

Erdoğan habe sich freien Handlungsraum geschaffen, indem er die Opposition zerteilt habe – die kemalistische Republikanische Volkspartei (CHP) von den pro-kurdischen Parteien. Der Friedensprozess mit der pro-kurdischen Partei sei wegen der Teilnahme an den Gezi-Protesten 2013 und der ungeklärten Ermordung zweier Polizisten beendet worden. Weiterhin habe Erdoğan sich einen Partner in der ultra-nationalen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) verschafft. Aus dieser Zusammenarbeit entstünde eine so genannte „türkisch-islamische Synthese“ – eine Synthese von nationalen und religiösen Elementen –, die eine neue Lebensweise, geprägt von traditionellen Elementen, schaffen solle. Baydar zufolge gibt es in der Türkei zurzeit keinen politischen Raum mehr für demokratische Reformen.

Fast fünf Monate nach dem Putschversuch seien die Ereignisse vom Juli 2016 noch immer nicht klar: Ungefähr 95 % der Medien, so Baydar, seien nun unter direkter oder indirekter staatlicher Kontrolle. Diese reproduzierten nun das offizielle Narrativ der AKP, welche die Verantwortung für den Militärputsch ausschließlich der Gülen-Bewegung gibt. Fragen von Seiten unabhängiger Journalisten würden gestellt, jedoch nicht beantwortet. Um die 20.000 Menschen, die in irgendeiner Weise in Beziehung zur Armee standen, seien verhaftet worden. Baydar vermutet, dass ein großer Anteil der Häftlinge der Folter ausgesetzt sei, worüber niemand berichte. Jedoch soll auch internationalen Beobachtern, u.a. UN-Delegierten, der Zugang zu sämtlichen Haftorten verweigert worden sein. Es gebe weiterhin keine klaren Beweise dafür, dass allein die Gülen-Bewegung schuldig sei. Nach dem Putsch seien 160 Generäle festgenommen worden. Doch Baydar bezweifelte, dass 48 % der türkischen Generäle zur Gülen-Bewegung gehören könnten, ohne dass dies die NATO bemerkt hätte.

Außerdem eröffne die ganze Umsetzung des Militärputsches viele Fragen, die bis heute unbeantwortet blieben: Warum begann der Militärputsch um 22 Uhr, wenn die Straßen noch voll waren? Warum wurde er nicht um 3 Uhr morgens vollzogen, wenn man die Straßen hätte kontrollieren können? Warum wurde eine Brücke über den Bosphorus blockiert, die andere nicht? Warum wurde nur der öffentliche Fernsehsender TRT von Militärtruppen besetzt, aber die privaten Fernsehhäuser unbehelligt gelassen? Wenn ein Attentat auf Erdoğan geplant wurde,

warum wurden nur Nebengebäude des Palasts bombardiert? Warum wurde das Parlament bombardiert, wenn sich die Putschisten für Demokratie und Antikorruption einsetzten? Vertraulichen Quellen zufolge, so Baydar, wusste der türkische Sicherheitsdienst über den geplanten Militärputsch Bescheid. Warum wurden dann der Präsident, die Regierung, die Generäle usw. nicht darüber informiert?

Baydars Vermutungen zufolge könnten Gülen-Offiziere mittleren Ranges eine wichtige, jedoch nicht die Hauptrolle gespielt haben. Der Militärputsch sei vermutlich von kemalistischen, pro-NATO orientierten Generälen, die Erdoğan stürzen wollten, geplant worden. Erdoğan sei nicht in den Putsch verwickelt, habe aber nun von ihm profitiert, indem ihm die Ereignisse den Weg zu unbegrenzter Machtausübung eröffneten.

Ein weiteres Thema des Abends waren die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei. Vor kurzem stimmte das Europäische Parlament mehrheitlich über das Einfrieren der Türkei-Beitrittsperspektive ab. Obwohl darüber endgültig die EU-Mitgliedsstaaten und die EU-Kommission entscheiden, hat diese Abstimmung eine starke symbolische Bedeutung. Baydar war der Ansicht, dass die EU-Abgeordneten keine andere Wahl gehabt hätten. Die Türkei sei kein Rechtsstaat und keine Demokratie mehr und erfülle somit auch nicht mehr die Kopenhagener Kriterien. Der Beitrittsprozess sei bereits längere Zeit paralyisiert. Zur Behinderung dieses Prozesses habe auch der „Sarkozy-Effekt“ beigetragen. Die EU hätte ein Beitrittsdatum in Aussicht stellen sollen, womit dieses Ziel für die Bevölkerung greifbarer geworden wäre.

Damit verbunden befassten sich Schlötzer und Baydar in ihrer Diskussion auch mit dem Thema des Flüchtlingsabkommens zwischen der EU und der Türkei. Erdoğan habe, so Baydar, dieses Abkommen benutzt, um die europäischen Werte zu unterminieren und der EU seine Werte aufzudrängen, ohne dabei Rücksicht auf die humanitäre Katastrophe zu nehmen. Baydar zufolge wird dieses Abkommen scheitern, da die Abschaffung der Visapflicht – eine Forderung der AKP – aufgrund der derzeitigen Verletzung der Menschenrechte nicht umgesetzt werden wird. Das Flüchtlingsabkommen sei von Anfang an ein verfehltes Konzept gewesen, weil Griechenland ausgeschlossen worden sei. Anstatt mit der türkischen Regierung zu verhandeln, so Baydar, sollte in stärkere Grenzkontrollen in Griechenland und Bulgarien und in die Überwachung der internationalen Gewässer investiert werden. Sollte es tatsächlich zum Scheitern des Flüchtlingsabkommens kommen, würde Griechenland unter dem massiven Flüchtlingsstrom am meisten leiden. Zukünftig könnte es neue Flüchtlinge aus der Türkei geben, die bis dato von den EU-Mitgliedstaaten abgeschoben wurden. Einen weiteren Kritikpunkt fand Baydar in der passiven Einstellung Deutschlands gegenüber anderen EU-Mitgliedstaaten, die es verweigern, Flüchtlinge aufzunehmen. Solche Staaten würden es nicht verdienen, als Teil der europäischen Gemeinschaft angesehen zu werden.

In der Diskussion mit dem Publikum wurde zunächst der Aufstieg der AKP angesprochen bzw. die sozio-politischen Bedingungen, die ihn ermöglichten. Baydar verwies darauf, dass das politische System der Türkei bis in die 1990er Jahre unter strenger militärischer Leitung gewesen sei, was nicht nur Unzufriedenheit in der Bevölkerung verbreitet, sondern auch die Entwicklung einer korrupten politischen Elite befördert habe. In den 1990er Jahren habe diese Korruption in eine tiefe Wirtschaftskrise geführt, weswegen nach den Wahlen im Jahr 2001 80 % der Abgeordneten ihren Sitz im Parlament verloren hätten. Die AKP sei damals eine soziale Koalition mit einer Mitgliedschaft gewesen, die zwar einen religiösen Hintergrund gehabt habe, aber global und marktwirtschaftlich orientiert gewesen sei. Doch seit 2011 habe Erdoğan die meisten alten Parteipolitiker entlassen und eine gegenüber dem Parteivorsitzenden loyale Mitgliedschaft versammelt.

Des Weiteren wurde in der Diskussion das wirtschaftliche Wachstum als Faktor betont, der den Aufstieg Erdoğan ermöglicht habe. Die Ereignisse 2016 hätten die Wirtschaft jedoch negativ beeinflusst, die Einkommen vom Tourismus sanken, die Arbeitslosigkeit wuchs, ausländische Investitionen sanken ... Andererseits erhalte Erdoğan massive Unterstützung auch von der türkischen Diaspora. So wurde z.B. an die Proteste türkischer Auswanderer aus der zweiten Generation in Köln erinnert. Es ergab sich die Frage, warum Erdoğan weiterhin von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt werde? Die türkische Bevölkerung, so Baydar, sei sich der wirtschaftlichen Veränderungen bzw. anstehenden Einbrüche noch nicht bewusst. Die Griechen hätten auch zwei Jahre gebraucht, bis ihnen das Ausmaß der Wirtschaftskrise bewusst geworden sei. Baydar zufolge werden die Menschen erst, sobald sie die prekäre Lage der Wirtschaft einsehen, nach einer anderen politischen Option suchen, welche zurzeit jedoch nicht bestehe. Wahrscheinlicher schien ihm, dass es zu einem Konflikt innerhalb der AKP komme. Den verschiedenen Äußerungen der AKP-Mitglieder zufolge habe dieser Prozess schon längst angefangen.

Abschließend wurde die Frage angesprochen, wie ausländische Zivilorganisationen ihren Beitrag im Kampf gegen die autoritären Entwicklungen in der Türkei leisten könnten. Laut Baydar ist es wichtig, weiterhin zu berichten und verschiedene Versammlungen mit Journalisten und Intellektuellen außerhalb der Türkei zu organisieren. In seinen Worten: „... just keeping the flame up [...], we will not forget. We refuse to forget!“

In seinen Schlussworten erinnerte Dr. Hansjörg Brey an die jüngste Aussage des großen Türkei-Freundes Edzard Reuter, der die derzeitigen autoritären Entwicklungen in der Türkei mit der Situation Deutschlands 1933 verglich. Die Entwicklungen dort benötigten unsere verstärkte kritische Aufmerksamkeit, die drangsalierten Journalisten und anderen Intellektuellen unsere besondere Solidarität.
